

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen muss sichergestellt werden

In seiner letzten Sitzung hat sich das Präsidium des Hessischen Landkreistages mit den aktuellen Entwicklungen in der Krankenhauslandschaft in Hessen befasst. Festgestellt wurde, dass viele der kommunalen Krankenhäuser unverschuldet mit sich abzeichnenden finanziellen Defiziten zu kämpfen haben. Immer rigidere Vorgaben des Bundes und der Krankenkassen – u.a. zu Personalvorgaben in der Pflege, sowie praxisfremde Abrechnungsprüfungen und das Erstattungsverhalten der Krankenkassen – und nicht auskömmliche Investitionsmittel des Landes nehmen den kommunalen Häusern zunehmend die notwendigen Handlungsspielräume. Die 21 hessischen Landkreise, die zusammen mit den kreisfreien Städten den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag für die Krankenhausversorgung haben, sehen daher die wohnortnahe Versorgung mit Krankendienstleistungen gefährdet.

Darüber hinaus moniert der Hessische Landkreistag zusammen mit den Krankenhausverbänden seit Jahren, dass die Investitionsförderung im Krankenhausbereich in Hessen jährlich um 180 Millionen Euro unterdeckt ist. Dadurch können notwendige Investitionen gerade auch im ländlichen Raum nicht getätigt werden oder es entstehen im Wege der „Querfinanzierung durch eigene Mittel“ große Defizite in den Haushalten. Der Hessische Landkreistag appelliert deshalb an das Land, sich mit ganzer Kraft für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in allen Landesteilen Hessens einzusetzen. Dazu wird mit Herrn Ministerpräsidenten Bouffier das Gespräch gesucht, um ein klares Bekenntnis zu den kommunalen Krankenhäusern zu erhalten.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und hier insbesondere die Finanzierung sowie die Standorte von Krankenhäusern werden aktuell auf allen Ebenen diskutiert. Der Hessische Landkreistag wird sich deshalb mit der Forderung nach einem klaren Bekenntnis des Landes zu den kommunalen Krankenhäusern an den Hessischen Ministerpräsidenten wenden. Hierüber informiert der nebenstehende Leitartikel.

Bei der Lektüre dieses Artikels sowie der weiteren Berichte zu aktuellen Themen, die für die 21 hessischen Landkreise von besonderer Bedeutung sind, wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr
Bernd Woide, Präsident

AKTUELLE THEMEN

SEITE 02

- Landkreistag nimmt Stellung zu den geplanten Änderungen der „Kommunalverfassung“
- Regionalkonferenzen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- Hessischer Landkreistag verurteilt Gewalt im Sport

KURZ NOTIERT

SEITE 03

- „Kundeneinbindung im Kommunalen Jobcenter“
- Landkreise für den Klimaschutz
- Einigung bei der Aufnahme und Unterbringung ausländischer Flüchtlinge erzielt
- Umsetzung der Mobilfunkstrategie Hessen

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG

SEITE 04

- Bundesrat macht Weg frei für besseren ÖPNV
- Die Klimawende gelingt nur mit den ländlichen Räumen

Landkreistag nimmt Stellung zu den geplanten Änderungen der „Kommunalverfassung“

Der Hessische Landkreistag hat umfänglich schriftlich Stellung zur Änderung der hessischen Kommunalgesetze genommen. Im besonderen Fokus stehen dabei die geplanten Neuregelungen hinsichtlich möglicher neuer kreisfreier Städte bzw. Sonderstatusstädte sowie die beabsichtigte engere Verzahnung der Rechnungsprüfungsämter der Landkreise mit der überörtlichen Prüfung des Landes, welche mit einer Aufgabenausweitung und zusätzlichen Belastungen für die kommunale Ebene einhergeht.

So begrüßt der Hessische Landkreistag das im Gesetz vorgesehene geordnete Verfahren, sollten Städte die 100 Tsd.-Einwohner-Grenze überschreiten und anstreben, kreisfrei zu werden. Ein solches Verfahren gewährleistet eine angemessene Beteiligung der davon betroffenen Landkreise und der kommunalen Spitzenverbände und berücksichtigt dadurch die Interessen aller Beteiligten. Auf Zustimmung trifft zudem die mit der Neuregelung einhergehende Klarstellung, dass Städte mit weniger als 100 Tsd. Einwohnern nicht die Kreisfreiheit erlangen können, wodurch gut funktionierende kommunale Strukturen gestärkt werden. Der Hessische Landkreistag unterstützt ebenfalls die vorgesehene Änderung, dass Städte bei Überschreitung der 50 Tsd.-Einwohner-Grenze nicht mehr automatisch den so-

nannten Sonderstatus erlangen, sondern vielmehr eine Einzelfallprüfung vorgeschaltet werden soll. Dies gewährleistet, dass nicht nur die Verwaltungskraft der Stadt, sondern insbesondere auch die Frage geprüft wird, ob dem betroffenen Landkreis dadurch die zweckmäßige Erfüllung seiner Aufgaben erschwert wird oder gar diese gefährdet werden. Hier fordert der Hessische Landkreistag zusätzlich die Verankerung einer Anhörungspflicht des Landes gegenüber dem jeweiligen betroffenen Landkreis.

Nicht alleine wegen der zu erwartenden Mehrbelastungen erteilt der Hessische Landkreistag zudem der vorgesehene „Verzahnung“ der überörtlichen Prüfung des Landes und der örtlichen Rechnungsprüfung bei den Landkreisen, welche künftig auch die sogenannte „Prüfungsnachschau“ für den Rechnungshof wahrnehmen soll, eine klare Absage. Die damit verbundenen Einfluss- und Zugriffsmöglichkeiten der Landesbehörden werden die durch § 130 HGO verbriefte Unabhängigkeit der örtlichen Rechnungsprüfung und damit der Landkreise gefährden. Diese vorgesehene Änderung hätte darüber hinaus auch spürbare Nachteile, unter anderem durch zusätzliche Prüfungsgebühren, auf Seiten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Konsequenz und wird deshalb abgelehnt.

Regionalkonferenzen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Im Herbst 2019 unterzeichneten das Land Hessen und die kommunalen Spitzenverbände (KSpV) eine Vereinbarung zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Mit drei Regionalkonferenzen, mitgestaltet durch den HLT und seine Schwesterverbände, das Land Hessen sowie dem kommunalen Dienstleister ekom21, wurde nun der Auftakt für die weitere gemeinsame Umsetzung des OZG und der Digitalisierung der Verwaltung gemacht. In den sehr gut besuchten Veranstaltungen für die kommunalen Verantwortungsträger und Dezernenten sowie die fachlich zuständigen Mitarbeiter wurde umfassend über die Zusammenhänge des OZG, die weiteren Schritte und die anstehenden nächsten Arbeiten informiert. Im Rahmen von Fragerunden erhielten die Teilnehmer vertiefte Informationen und konnten gleichzeitig die Verantwortlichen für den Umsetzungsprozess persönlich kennenlernen. Dies wurde in den Pausen und nach der Veranstaltung auch intensiv genutzt.

Auf Ebene des Hessischen Landkreistages ist Frau Referentin Dr. Tatjana Teschner (teschner@hlt.de) Ansprechpartnerin. Sie steht gerne für Fragen zur Verfügung.

Hessischer Landkreistag verurteilt Gewalt im Sport

Nachdem es Ende 2019 zu mehreren schweren Gewalttätigkeiten gegenüber Schiedsrichtern im hessischen Fußball gekommen ist, hat der Rechts- und Europaausschuss diese Thematik mit Vertretern des Hessischen Fußballverbandes und des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport beraten. Als Partner des Sports verurteilen die hessischen Landkreise jegliche Form von Gewalt im und um den Sport. Gewalt, Beleidigungen und Diskriminierungen widersprechen dem Selbstverständnis des Sports und haben gerade auch in der kommunalen Gesellschaft vor Ort in den Gemeinden, Städten und Landkreisen keinerlei Berechtigung. Gewalt und Beleidigungen gegen Schiedsrichter im Fußball aber auch in anderen Sportarten seien keinesfalls hinnehmbar und werden von den hessischen Landkreisen auf das Schärfste verurteilt. Als aktiven Beitrag zur Vermeidung von Gewalttätigkeiten im und auf dem Spielfeld werden die Landkreise noch intensiver darauf hinwirken, dass insbesondere im Bereich des Schulsports, der Fort- und Weiterbildung durch die Kreisvolkshochschulen sowie durch Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verstärkt die Werte des Respekts, der Fairness und des friedlichen Miteinanders vermittelt und im Alltag gelebt werden.

„Kundeneinbindung im Kommunalen Jobcenter“



Unter diesem Motto veranstalteten der Hessische Landkreistag, gemeinsam mit dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Sozialministerium am 12. Februar 2020 bereits zum dritten Mal ihren SGB II-Frühjahresfachtag im Format „Groß-Gerauer Impulse“. Dieses Jahr wurden die Kommunalen Jobcenter aus Sicht der Kunden betrachtet. Es sollen neue Blickwinkel eröffnet und Anregungen geschaffen werden. Herr Sozialminister Kai Klose begrüßte rund 100 Mitarbeitende aus den hessischen Kommunalen Centern und den Organisations- und Personalämtern der Landkreise und kreisfreien Städte. Der Vormittag bot zwei ergänzende und besondere Keynotes. Zum einen über die „Nutzerzentrierte Gestaltung – auf dem Weg zu besseren Bürgerdiensten“ und zum anderen „Wie sieht eine agile Verwaltung aus und wie kommen wir dahin?“. Am Nachmittag wurden den Teilnehmenden in vier Workshops die Ideen, Möglichkeiten und der Nutzen von Kundeneinbindung nähergebracht.

Landkreise für den Klimaschutz

Die Umsetzung der Klimawende vollzieht sich maßgeblich in den ländlichen Räumen (z.B. Windenergie, Biogas, Kompensationsleistungen). Der Hessische Landkreistag ist deshalb seit 2005 Bündnispartner der Hessischen Umweltallianz. Ziel der Umweltallianz ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in Hessen. Informationen finden sich unter: www.umweltallianz.de. Die Umweltallianz soll nun auf eine neue Basis gestellt werden, um die Herausforderung der heutigen Zeit anzupacken. Der Wirtschafts- und Planungsausschuss hat nunmehr beschlossen, auch in Zukunft Teil der Umweltallianz zu sein.

Zur Unterstützung der Praxis gibt es das Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“. Dabei arbeitet die kommunale Ebene aktiv für den Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels zusammen. Viele erfolgreiche Best-Practice-Beispiele unterschiedlichster Art geben Anregungen zum Nachmachen. Inzwischen gibt es über 200 Unterzeichner der zugrunde liegenden „Klimaschutz-Charta“ (<https://klima-kommunen.hessen-nachhaltig.de>). Chartamitglieder können erhöhte Förderquoten bei Förderprojekten des Landes Hessen erhalten. Die Verbandsgremien haben nunmehr beschlossen, mit dem Land eine Vereinbarung zu treffen, dass auch der Hessische Landkreistag Chartamitglied werden kann.

Einigung bei der Aufnahme und Unterbringung ausländischer Flüchtlinge erzielt

Die hessische Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich auf eine Novellierung des Landesaufnahmegesetzes geeinigt. Kernpunkt ist die Beibehaltung der Pauschalen in ihrer bisherigen Höhe für die Aufnahme von Flüchtlingen, die Asylbewerberleistungen erhalten. Auch konnte hier eine prozentuale jährliche Erhöhung in den Verhandlungen erreicht werden. Die bislang an anerkannte Flüchtlinge gezahlte sogenannte Kleine Pauschale wird durch ein erhöhtes einmaliges Integrationsgeld ersetzt, das der aufnehmende Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt mit der Zuweisung der Person erhält. Dadurch kommt es zu Verwaltungsvereinfachungen auch bei den Landkreisen. Ferner erhalten die Landkreise zukünftig einen etwas größeren Spielraum bei der Regelung über ihre Einrichtungen.

Die Verabredungen werden im laufenden Jahr in das Landesaufnahmegesetz eingearbeitet und gelten ab 2021.

Umsetzung der Mobilfunkstrategie Hessen



Am 04. Februar 2020 fand im Digitalministerium ein Gespräch zwischen der Ministerin Prof. Dr. Sinemus, den Präsidenten und der Geschäftsführung der kommunalen Spitzenverbände statt. Gegenstand des Gesprächs waren u.a. die Entwicklungen im Bereich des Mobilfunk. Für einen flächendeckenden Ausbau ist eine umfassende Bestandsaufnahme der Versorgung der Regionen mit Mobilfunk unabdingbar. Diese ist bisher noch nicht im Detail durchgeführt worden. Inzwischen haben einzelne Landkreise bereits eigene Projekte aufgesetzt, um die Versorgungslücken zu ermitteln. Es wird angestrebt mit dem Land eine Vereinbarung zu treffen, in der die gegenseitigen Unterstützungsleistungen in den Bereichen Festnetzausbau, Mobilfunkausbau und Smart-Regions festgeschrieben werden. Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat sich in seiner Sitzung am 13. Februar 2020 für die Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit dem Land ausgesprochen und dabei insbesondere eine flächendeckende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Mobilfunkversorgung in Hessen zum Gegenstand zu machen.

Bundesrat macht Weg frei für besseren ÖPNV

Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass der Bundesrat verschiedenen Gesetzen zugestimmt hat, die die Verkehrsentwicklung in den Landkreisen verbessern werden. „Das ist vor allem für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse von großer Bedeutung“, so das Fazit von Präsident Landrat Reinhard Sager. Es sei richtig, dass die Verkehrspolitik des Bundes neben der Ausrichtung auf den Klimaschutz erkennbar auch einen stärkeren Fokus auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Fläche lege. Laut Gesetzesbeschluss stellt der Bund den Ländern in den kommenden Jahren mehr Regionalisierungsmittel zur Verfügung. „Nun ist entscheidend, dass die Länder die zusätzlichen 5 Mrd. Euro für die nächsten zehn Jahre auch im Interesse von Klimaschutz und gleichwertigen Lebensverhältnissen einsetzen“, forderte Sager.

Daneben sei es erfreulich, dass die Bundeshilfen für den öffentlichen Personennahverkehr aufgestockt und für die ländlichen Räume geöffnet würden. Danach sollen in diesem Jahr 665 Mio. Euro u.a. für den Aus- und Neubau von Bahnhöfen und Haltestellen des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs und zur Revitalisierung stillgelegter Strecken zur Verfügung stehen. „Das ist doppelt so viel wie in den vergangenen Jahren und damit ein konsequenter Schritt, den wir sehr begrüßen“, sagte der DLT-Präsident. In den Jahren 2021 bis 2024 handele es sich insgesamt jeweils um 1 Mrd. Euro, im Jahr 2025 um 2 Mrd. Euro. In den Folgejahren werde der Betrag jährlich um 1,8 % ansteigen.

Die Klimawende gelingt nur mit den ländlichen Räumen

„Die Klimawende kann nur mit den ländlichen Räumen gelingen, ohne sie steht das Generationenprojekt auf tönernen Füßen,“ so formulierte es der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen Papiers des kommunalen Spitzenverbandes zu Klimawandel und erneuerbaren Energien. „Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Landkreisen. Diese Menschen tragen einen Großteil der Lasten zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele. Auf dem Land

befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Daher brauchen die ländlichen Räume einen Ausgleich mit dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung. Das heißt vor allem, die Investitionen z. B. im Bereich der digitalen Infrastruktur, der medizinischen Versorgung, beim Verkehr oder im Hinblick auf die Dezentralisierung von Bundes- und Landesbehörden hochzuführen. Nur so kann eine Energie- und Klimapolitik gelingen, die von der Bevölkerung überall im Lande akzeptiert und unterstützt wird.“

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages, so Sager weiter, habe im vergangenen Monat deutlich gemacht, dass sich die 294 Landkreise ihrer Verantwortung zur Erreichung der Klimaschutzziele bewusst seien und darin eine Chance auch für die wirtschaftliche Entwicklung in den Landkreisen sähen. „Das erfordert vor allem Augenmaß und wirtschaftliche Vernunft, etwa in Bezug auf die Strompreise und die Mitnahme der Bevölkerung.“

Das Positionspapier „Klimaschutz und erneuerbare Energien in den Landkreisen“ steht auf der Homepage des Deutschen Landkreistages zur Verfügung.

PERSONALIEN

Frau Landrätin Kirsten Fründt (SPD) trat am 01. Februar 2020 ihre zweite Amtszeit im Landkreis Marburg-Biedenkopf an.

TERMINE

- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 04.03.2020, 10:00 Uhr, Bad Homburg
- **Bezirksversammlung Süd**
Donnerstag, 05.03.2020, 09:30 Uhr, Vogelsbergkreis
- **Bezirksversammlung Nord**
Freitag, 06.03.2020, 09:00 Uhr, Kassel
- **Rechts- und Europaausschuss**
Donnerstag, 02.04.2020, 10:00 Uhr, Friedberg
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Mittwoch bis Donnerstag, 22.04.2020 bis 23.04.2020, Luxemburg
- **Präsidium**
Donnerstag, 30.04.2020, 09:30 Uhr, Wiesbaden



IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Prof. Dr. Jan Hillgardt
(geschäftsführend)
Direktor Matthias Drexelius

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Bildagentur Fotolia/Adobe (S.1 und S.3)
Hessischer Landkreistag (S.3, Pressestelle Kreis
Groß-Gerau, Angelica Taubel)